



Suchergebnisse: Reichspräsident

2. Oktober 1847 – Paul von Hindenburg wird in Posen geboren

Posen * Paul Ludwig Anton von Beneckendorff und von Hindenburg wird in Posen geboren. Es ist der spätere Generalfeldmarschall und Reichspräsident Paul von Hindenburg.

29. August 1916 – Kaiser Wilhelm II. ernannt die dritte Oberste Heeresleitung - OHL

Berlin * Kaiser Wilhelm II. ernannt Paul von Hindenburg zum Chef des Generalstabs und Erich Ludendorff zum Generalquartiermeister. Dies ist die dritte Oberste Heeresleitung - OHL. Sie wird sich zu Deutschlands wirklicher Regierung - eine Militärdiktatur - entwickeln.

18. November 1918 – Ebert wird über die geplante Gegenrevolution informiert

Berlin * Ministerialdirektor Walter Simons informiert Reichskanzler Friedrich Ebert über die Planungen der Obersten Heeresleitung - OHL zur Gegenrevolution. Sie will fünfzehn gut disziplinierte Divisionen in Berlin einmarschieren lassen, die Arbeiter- und Soldatenräte auflösen, Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten mit diktatorischer Gewalt proklamieren, den Reichstag sofort einberufen und eine provisorische Reichsverfassung schaffen. Ebert reagiert zurückhaltend, was von der OHL gedeutet wird, dass er bei einem Erfolg der Aktion mitmachen, aber nicht die Initiative ergreifen würde.

6. Dezember 1918 – Matrosen und Soldaten für die Wahl zur Nationalversammlung

Berlin * Am späten Nachmittag versammeln sich vor der Reichskanzlei Matrosen und Soldaten. Ein Feldwebel Spiro, der Vorsitzende des Soldatenrats des Ersatz-Bataillons des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2, hält eine Ansprache, in der er darstellt, dass „Deutschland in dem unermesslichen Unglück einer vollen Katastrophe“ steht, „die nur durch bewusste Zusammenfassung aller Kräfte und durch freiwillige Unterordnung jedes Einzelnen unter das gemeinsame Wohl überwunden werden kann“. Er fordert abschließend, dass die Nationalversammlung für den 20. Dezember einberufen wird. Danach ernannt er - „gestützt auf die bewaffnete Macht und im Bewusstsein für die ganze Nation zu sprechen“ - Friedrich Ebert zum Präsidenten Deutschlands. Ebert antwortet mit „ruhiger, fester, durchdringender Stimme:



Kameraden und Genossen! Der Ruf, der an mich ergangen ist, kann und will ich nicht annehmen, ohne vorher mit meinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben. Das ist eine hoch wichtige Angelegenheit, deren Entscheidung allein in den Händen des Rates der Volksbeauftragten liegt“. Feldwebel Spiro zieht daraufhin mit seinen Truppen geschlossen ab. Das Ziel der Soldaten ist, die Revolution faktisch zu beenden und die Kräfte links des Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu entmachten.

4. Februar 1919 – Anfrage zur Regierungsbeteiligung an die USPD

Berlin * Die SPD-Fraktion diskutiert über eine mögliche Regierungsbeteiligung der USPD. Man beschließt eine Anfrage, ob die Unabhängigen „auf der Grundlage des Bekenntnisses zur parlamentarischen Demokratie, d.h. zu einer Staatsform, die in jeder Beziehung durch den Willen der Mehrheit des Volkes bestimmt wird, mithin unter Ausschaltung jeder Putschtaktik“ in die „Regierungsmehrheit“ eintreten will. Das Amt des Reichspräsidenten will Friedrich Ebert übernehmen, Philipp Scheidemann soll Reichskanzler werden.

6. Februar 1919 – Friedrich Ebert hält die Eröffnungsrede der Nationalversammlung

Weimar * Friedrich Ebert hält die Eröffnungsrede der Nationalversammlung. In einer nüchtern vorgetragenen, von zahllosen Zwischenrufen von links und rechts unterbrochenen Rede erklärt er aller Welt sein Handeln seit dem 9. November und hält fest, was das Reich seither gewonnen hat: „Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst.“ Und er ist froh, nun das Mandat, das die Revolution ihm aufzwang, zurückgeben zu können an den „höchsten und einzigen Souverän in Deutschland“. Nur auf dem „Weg der Gesetzmäßigkeit“ lassen sich in Deutschland die notwendigen Veränderungen voranbringen.

11. Februar 1919 – Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten gewählt

Weimar * Friedrich Ebert von der SPD wird mit 277 von 379 Stimmen zum Reichspräsidenten des Deutschen Reiches gewählt. In seiner Antrittsrede sagt er: „Ich will und werde als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei.“

12. Februar 1919 – Reichspräsident Ebert ernennt die neue Reichsregierung



Weimar * Reichspräsident Friedrich Ebert setzt das neue Reichsministerium ein. Die Reichsregierung wird auch als Weimarer Koalition bezeichnet. Sie besteht aus SPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei - DDP. Das Kabinett Scheidemann setzt sich zusammen aus: Philipp Scheidemann, Reichsministerpräsident, SPD; Otto Landsberg, Justizminister, SPD; Gustav Noske, Reichswehrminister, SPD; Rudolf Wissell, Wirtschaftsminister, SPD; Robert Schmidt, Reichs Ernährungsminister, SPD; Gustav Bauer, Reichsarbeitsminister, SPD; Eduard David, Minister ohne Geschäftsbereich, SPD; Eugen Schiffer, stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister, DDP; Hugo Preuß, Innenminister, DDP; Georg Gothein, Reichsschatzminister und Minister ohne Geschäftsbereich, DDP; Johannes Bell, Verkehrsminister und Reichsminister für Kolonien, Zentrum; Johannes Giesberts, Reichspostminister, Zentrum; Matthias Erzberger, Minister ohne Geschäftsbereich, Zentrum; Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, Auswärtiges Amt, Parteilos. Die Aufgabe des Rates der Volksbeauftragten ist damit erfüllt.

3. März 1919 – Eine militante Rhetorik

Berlin * Anders als die Streikführer der USPD und der SPD, die die Arbeiter zum friedlichen und gewaltfreien Protest aufriefen, sind die Aufrufe der KPD und des Parteiorgans Rote Fahne von militanter Rhetorik geprägt. Die Rote Fahne ist davon überzeugt, dass Blut vergossen werden muss. „Auf zum Kampfe! Auf zum Generalstreik! Nieder mit Ebert-Scheidemann-Noske, den Mördern, den Verrätern! Nieder mit der Nationalversammlung! Alle Macht den Arbeiterräten!“

22. März 1919 – Die Regierung Scheidemann befasst sich mit der Kriegsschuldfrage

Weimar * Die Regierung Scheidemann setzt sich auf Drängen des Reichspräsidenten Friedrich Ebert mit der Kriegsschuldfrage auseinander.

7. April 1919 – Die Räteregierung informiert Ungarns Regierung

München - Budapest * Die bayerische Räteregierung informiert umgehend den Revolutionären Regierungsrat in Budapest über den politischen Schritt. Der ungarische Regierungschef Bela Kun unterbricht daraufhin die Regierungssitzung und verliest das Münchner Telegramm unter tosendem Beifall: „Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel des russischen und ungarischen Volkes. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jede Zusammenarbeit mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann,



Noske, Erzberger ab, weil dieser unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammen gebrochenen deutschen Kaisertums fortsetzt“. Damit gibt es in Europa schon drei Räterepubliken.

7. April 1919 – Die befürchtete Koalition Bayern-Österreich-Ungarn

Berlin * Die zweimal täglich erscheinende Deutsche Tageszeitung schreibt in ihrer Ausgabe: „Man erwartet, dass die Ausrufung des zwischen Ungarn und Bayern eingekeilten Deutschösterreichs zur Räterepublik nur eine Frage von Tagen sein kann und dass dann durch eine Koalition Bayern-Österreich-Ungarn ein solcher Druck erfolgen werde, dass an die Stelle der Regierung Ebert-Scheidemann eine Räterepublik trete.“ Eine interessante Konstellation, die natürlich eine Signalwirkung für das Deutsche Reich hat.

12. April 1919 – Ebert fordert die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern

Berlin - Bamberg * In einem drängenden Telegramm fordert Reichspräsident Friedrich Ebert vom bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, dass „die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern baldigst erfolgt, zumal da nach neueren mir zugegangenen Nachrichten aus München man dort anfängt, sich an die Räteregierung zu gewöhnen. Wenn die wirtschaftlichen Maßnahmen, welche Sie in Aussicht genommen haben, nicht in kürzester Zeit zum Ziel führen, erscheint mir als einzige Lösung militärisches Vorgehen. Dass je rascher und durchgreifender dieses erfolgt, um so weniger Widerstand und Blutvergießen zu erwarten ist, hat uns die Erfahrung an anderen Stellen gelehrt.“ Damit ist das Schicksal der bayerischen Revolution besiegelt. Eine Niederschlagung nach dem Beispiel des Spartakus-Aufstandes in Berlin ist naheliegend. Unter dem Druck aus Berlin gibt Bayerns Ministerpräsident Hoffmann nach. Nun wird auf Landesebene dasselbe Muster durchgespielt wie das auf Reichsebene bereits erprobte: Der Bund mit antirevolutionären, auch antidemokratischen rechten Kräften, um der Linken Herr zu werden. Militärminister Ernst Schnepfenhorst wird beauftragt, bayerische Freiwilligenverbände aufzustellen. Ministerpräsident Hoffmann bittet Berlin telefonisch um Verstärkungen. Die Reichstruppen dürfen in Bayern einmarschieren. Auch das von dem bayerischen Oberst Franz Ritter von Epp im thüringischen Ohrdruf gebildete Freikorps wird gegen München in Marsch gesetzt. Während aus dem Westen württembergische Truppen anrücken, sammeln sich im Süden die Freikorps. Rund 30.000 Mann sind im Anmarsch, als sich der Ring um München schließt. Für die Rote Armee wird der Kampf gegen die an Zahl, Ausrüstung und Professionalität überlegenen Weißen nicht mehr zu gewinnen sein.



12. April 1919 – Ministerpräsident Hoffmann setzt auf Rechtsextreme und Völkische

Bamberg - Weimar - München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann sieht sich durch das Telegramm des Reichspräsidenten Friedrich Ebert zum Handeln gezwungen. Er wird die Hilfe von Rechtsextremisten und Völkischen in Anspruch nehmen, in dem er beispielsweise über einen bekannten Augsburger Rechtsanwalt an den Chef der Thule-Gesellschaft, Rudolf von Sebottendorf, anfragen lässt, ob dieser für die Regierung tätig sein will. Reichswehrminister Gustav Noske und der Freikorps-Führer Franz Ritter von Epp hoffen auf eine überstürzte militärische Aktion der Regierung Hoffmann. Sie rechnen damit, dass ein Putsch der schwachen bayerischen Verbände fehlschlagen würde. Damit hätten sie die Legitimation für den Einmarsch von Reichswehr und Freikorps in den Freistaat Bayern. bsp;

8. Mai 1919 – Protest gegen die Versailler Friedensbedingungen

Weimar - Deutsches Reich * Nachdem in Deutschland zu den Versailler Friedensbedingungen ein Sturm der Entrüstung ausgelöst wurde, veröffentlichen der Reichspräsident Friedrich Ebert und die Reichsregierung einen „Aufruf an das deutsche Volk“. Darin spricht man von einem „Friedensvorschlag der Vergewaltigung“. Dem deutschen Volk wird „Gewalt ohne Maß und Grenzen“ angetan. Aus einem solchen „aufgezwungenen Frieden müsste neuer Hass zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen“.

29. August 1921 – Eine Republikschutz-Verordnung wird erlassen

Berlin * Nach der Ermordung des bayerischen USPD-Vorsitzenden Karl Gareis am 9. Juni und dem tödlichen Anschlag auf den Reichsminister der Finanzen, Matthias Erzberger, am 26. August erlässt Reichspräsident Friedrich Ebert eine Republikschutz-Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

26. Juni 1922 – Reichspräsident Ebert erlässt erneut zwei Republikschutz-Verordnungen

Berlin * Reichspräsident Friedrich Ebert erlässt erneut zwei Republikschutz-Verordnungen. Ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wird eingerichtet und die Straftatbestände neu aufgelistet.

März 1925 – Faulhaber verweigert dem Reichspräsidenten Ebert das Trauergeläut



München-Kreuzviertel * Unversöhnlich zeigt sich Erzbischof Michael von Faulhaber gegenüber dem am 28. Februar 1925 verstorbenen, der SPD angehörenden Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Der Kardinal verweigert ihm ein Trauergeläut in seiner Diözese, weil der Verstorbene ja auf dem Boden einer Verfassung stand, die „auf eine Trennung von Staat und Kirche abzielte“. Außerdem war Friedrich Ebert als „Mitglied und Führer einer politisch grundsätzlich religions- und kirchenfeindlichen Partei, nicht durch die Wahl des deutschen Volkes ‚Reichspräsident‘ geworden“.

26. April 1925 – Paul von Hindenburg wird zum Reichspräsidenten gewählt

Berlin - Deutsches Reich * Im Alter von 77 Jahren wird Paul von Hindenburg als Vertreter des antirepublikanischen Reichsblock zum Reichspräsidenten gewählt.

2. Oktober 1927 – Anton Graf Arco auf Valley wird endgültig amnestiert

Berlin - München * Aus Anlass des 80. Geburtstags des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg wird der Kurt-Eisner-Mörder Anton Graf Arco auf Valley endgültig amnestiert. Eine Amnestie beseitigt weder das Urteil noch die Schuld des Straftäters. Sie ist in diesem Fall ein vollständig erfolgter Straferlass.

10. April 1932 – Hitlers schlechtes Ergebnis im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben

Deutsches Reich * Bei der Stichwahl um das Amt des Reichspräsidenten zwischen Paul Hindenburg und Adolf Hitler erzielt der Führer der NSDAP im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben mit 24,9 Prozent das drittschlechteste Ergebnis im gesamten Reich (36,8 Prozent).

20. Juli 1932 – Es kommt zum sogenannten Preußenstaatsstreich

Berlin * An diesem Tag kommt es zum sogenannten Preußenstaatsstreich. Mit Vollmacht des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg setzt Reichskanzler Franz von Papen die sozialdemokratische Preußische Staatsregierung ab und ernennt sich selbst zum Reichskommissar für Preußen. Die preußischen Ministerien werden durch die Reichswehr besetzt und die Minister unter Gewaltandrohung aufgefordert, ihre Amtsräume zu



verlassen. Preußen erhält den Status eines Reichslandes, das ohne eigene Regierung, von der Reichsregierung mit der linken Hand mitregiert wird. Das bedeutet das Ende der staatlichen Eigenexistenz Preußens, womit die diplomatische Vertretung an der Prinzregentenstraße überflüssig geworden ist. Die Schack-Galerie wird seither - bis zum Jahr 1939 - von der Berliner Schlösserverwaltung betreut. Mit dem Verschwinden der Preußischen Gesandtschaft geht aber auch ein Stück bayerische Eigenständigkeit verloren.

30. Januar 1933 – Machtübernahme: Adolf Hitler wird Reichskanzler

Berlin * Der Tag der sogenannten Machtübernahme. Adolf Hitler wird vom Reichspräsidenten Paul Ludwig Hans Anton von Beneckendorff und von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Er leitet eine Koalitionsregierung bestehend aus NSDAP, DNVP und Stahlhelm.

28. Februar 1933 – Die Reichstagsbrandverordnung wird erlassen

Berlin * Die Verordnung des Reichspräsidenten Hindenburg „Zum Schutz von Volk und Staat“, die sogenannte Reichstagsbrandverordnung wird erlassen. Damit werden unter anderem Grundrechte außer Kraft gesetzt und willkürliche polizeiliche Schutzhaft ohne richterliche Kontrolle ermöglicht.

10. April 1933 – Franz Xaver Ritter von Epp wird Reichsstatthalter von Bayern

Berlin - München * Franz Xaver Ritter von Epp wird durch Reichspräsident Paul von Hindenburg zum Reichsstatthalter von Bayern ernannt.

1936 – Hitlers Wohnung am Prinzregentenplatz

München-Haidhausen * Rüstungsminister Albert Speer, ein enger Vertrauter und schon aus diesem Grund ganz bestimmt kein Kritiker des als „Führer“ bezeichneten Parteivorsitzenden, Reichskanzlers und Reichspräsidenten Adolf Hitler, beschreibt dessen Neun-Zimmer-Wohnung am Prinzregentenplatz 16 folgendermaßen: „Ich wurde zunächst in einen Vorraum eingelassen, der mit Andenken oder Geschenken niedrigen Niveaus vollgestellt war. Auch die Möblierung zeugt von schlechtem Geschmack. [...] Hitlers Wohnung war die eines Privatmannes



von mittleren Einkommen, etwa eines Studienrats, des Filialleiters einer Depositenkasse, eines kleinen Geschäftsmannes. Die Einrichtung war von kleinbürgerlichem Zuschnitt. Reichgeschnitzte, massiv eichene Herrenzimmermöbel, Bücher hinter Glastüren, gestickte Kissen mit zärtlichen Inschriften oder kräftigen Parteiwünschen. In einer Zimmerecke stand eine Richard-Wagner-Büste, an den Wänden hingen, in breiten Goldrahmen, idyllische Malwerke der Münchner Schule. Nichts verriet, daß der Inhaber dieser Wohnung seit drei Jahren deutscher Reichskanzler war. [...]“

30. April 1945 – Hitler begeht Selbstmord

Berlin * Nach dem Suizid des Reichskanzlers Adolf Hitler zerfällt die Führung des „Dritten Reiches“ innerhalb weniger Tage. In seinem politischen Testament bestimmt Hitler Großadmiral Karl Dönitz zu seinem Nachfolger als Reichspräsident.

1. Mai 1945 – Großadmiral Karl Dönitz wird Reichspräsident

Plön * Großadmiral Karl Dönitz, Adolf Hitlers testamentarisch ernannter Nachfolger als Reichspräsident, erhält die Nachricht vom Selbstmord des Reichskanzlers.

2. Mai 1945 – Die „Regierung von Flensburg“ als letzte Regierung des Deutschen Reiches

Flensburg-Mürwik * Reichspräsident Karl Dönitz bildet mit der „Regierung von Flensburg“ eine geschäftsführende Reichsregierung unter Ministerpräsident Graf Schwerin von Krosigk. Ihr Hauptziel ist nicht mehr der Sieg - der Krieg war militärisch längst verloren -, sondern möglichst viele deutsche Soldaten und Flüchtlinge vor der sowjetischen Armee in Sicherheit zu bringen. Die „Regierung von Flensburg“ ist damit die letzte Regierung des Deutschen Reiches.

5. Mai 1945 – Dönitz will eine Teilkapitulation mit den Westalliierten

Flensburg-Mürwik * Reichspräsident Karl Dönitz und viele Militärs wollen gegenüber den Westalliierten - also den USA und Großbritannien - eine Teilkapitulation erreichen, während der Kampf gegen die Sowjetunion weitergeführt werden soll. Dahinter stehen mehrere Motive: Die deutsche Führung fürchtet die sowjetische Gefangenschaft und Racheakte wegen der Verbrechen der Wehrmacht und SS im Osten, Millionen Flüchtlinge aus Ostpreußen, Pommern



und Schlesien fliehen damals Richtung Westen, Dönitz hofft, dass sich die sich abzeichnenden politischen Spannungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion verstärken und man diese ausnutzen kann.

6. Mai 1945 – Die Teilkapitulation scheitert

Reims * Reichspräsident Karl Dönitz entsendet Generaloberst Alfred Jodl zum Hauptquartier der Alliierten nach Reims in Frankreich zu General Dwight D. Eisenhower. Jodl versucht zunächst Zeit zu gewinnen und erneut eine Teilkapitulation auszuhandeln. Die Westalliierten haben sich jedoch schon zuvor auf die Forderung nach einer bedingungslosen Gesamtkapitulation geeinigt. Diese ist auf der Konferenz von Casablanca im Jahr 1943 beschlossen worden. Niemand will einen Separatfrieden, der das Bündnis mit der Sowjetunion gefährden würde. Eisenhower machte deshalb klar: Entweder kapitulieren alle deutschen Streitkräfte an allen Fronten gleichzeitig oder die Westalliierten schließen ihre Linien und treiben deutsche Truppen zurück in die sowjetischen Frontbereiche. Unter diesem Druck stimmt Generaloberst Alfred Jodl einer bedingungslosen Kapitulation zu.

23. Mai 1945 – Die „Regierung von Flensburg“ wird von den Briten aufgelöst

Flensburg-Mürwik * Die „Regierung von Flensburg“ wird von den Briten aufgelöst und Großadmiral Karl Dönitz sowie mehrere Regierungsmitglieder verhaftet.
